

Teilkonferenz Zivilgesellschaft

Engagement der Bevölkerung im Rahmen der Klimakrise

Überblick

Vereine, Verbände und Initiativen sehen sich durch einen rückläufigen Aktivist:innen-Zuspruch in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt. Insbesondere ein Informationsdefizit in der Lokalpresse, das zu einer unzureichenden Darstellung der Klimakrise beiträgt, ist zu bemängeln. Zudem nehmen Desinformationen zum Klimawandel zu, was den Diskurs erschwert und das Potenzial der Zivilgesellschaft nicht vollständig ausschöpft. Die hohe Fluktuation von Ehrenamtlichen und die fehlende Institutionalisierung bereits geleisteter Arbeit tragen ebenfalls zu dieser Problematik bei. Im Folgenden werden zentrale Forderungen und Empfehlungen gegeben sowie der aktuelle Status von Initiativen in der Region dargestellt. Auch die Rolle von Zivilgesellschaften wird kurz erläutert.

Zentrale Forderungen

- Forderung an **Presse**: mehr über Klimaschutzthemen berichten, damit die Breite der Bevölkerung besser erreicht wird
- Forderung an **Stadt und Bevölkerung**: Bereitschaft für Engagement schaffen und zeigen, abfragen, was Hürden sind.
- Forderung an **Verwaltung**: Aufklärung der Verwaltung Bsp. Klimafit Kurse für Verwaltung
- Forderung an **Wirtschaft**: mehr Aufklärung/ Vorträge während der Arbeitszeit
- Mehr Abstimmung zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft Einführen von Sprechstunden

Kontext & Handlungsnotwendigkeit des Problems

Die Zivilgesellschaft spielt eine große Rolle in der Umgestaltung einer Gesellschaft hin zu einer sozial- und ökologischen Gesellschaft. Um ganzheitlich, also sektorübergreifend, Veränderung zu erzielen, müssen weite Teile der Zivilgesellschaft mit einbezogen werden. Damit sind nicht-staatliche Akteur:innen gemeint, die sich in beispielsweise Vereinen, Verbänden, Kollektiven und Initiativen auf vielfältige Art engagieren. Diese können sich für unterschiedliche Belange einsetzen, ohne dass die Maxime der Profitmaximierung zugrunde liegt (M1). Darüber hinaus betreiben Initiativen Aufklärungsarbeit und informieren über Themen, denen im aktuellen politischen Diskurs noch zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird. Auch können sie einen Beitrag für eine plurale und partizipative Gesellschaft leisten.

Aufbau & Inhalte der Teilkonferenz

An der Teilkonferenz am 4. Dezember waren folgende Initiativen vertreten: Klimaentscheid Bayreuth, TransitionHaus, Parents For Future & Scientist Rebellion und das Bamberger Klimaschutzbündnis. Besprochen wurden Hürden, die beim Ausüben der Interessen auftreten und, wie diese abgebaut werden können.

Status quo

Die zivilgesellschaftliche Initiative des Klimaentscheids Bayreuth fordert von der Stadt konkrete Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2030. Obwohl der Stadtrat das Bürgerbegehren für unzulässig erklärt hat, hat der "Klimaentscheid Bayreuth" Klage eingereicht, um die Zulässigkeit des Bürgerentscheids vor Gericht zu verteidigen. Das TransitionHaus in Bayreuth bietet interkulturelle und

generationenübergreifende Bewegungsräume, fördert lokale Initiativen und verleiht Werkzeuge zur Reparatur und Recycling. Parents for Future Bayreuth ist eine Gruppe, die sich für Klimaschutz engagiert, unabhängig von Alter und Familienstand. Das Bamberger Klimaschutzbündnis setzt sich überparteilich für Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen in Bamberg ein, um die Zivilgesellschaft zu stärken und zu vernetzen.

Herausforderungen & Hürden

Die Zivilgesellschaft steht vor verschiedenen Hürden. Erstens gibt es Probleme bei der Formierung, Organisation und Etablierung von zivilgesellschaftlichen Gruppen, da die Anzahl der Aktivist:innen abnimmt und es an Informationen in der Lokalpresse mangelt. Desinformationen erschweren den Diskurs über den Klimawandel, was dazu führt, dass das Potenzial der Zivilgesellschaft nicht voll ausgeschöpft wird. Zudem gibt es eine hohe Fluktuation an Ehrenamtlichen und eine fehlende Institutionalisierung der geleisteten Arbeit.

Wenn sich die Zivilgesellschaft erfolgreich zusammenschließt, stehen sie vor Hürden zweiter Art, die ihre Einflussnahme betreffen. Bürgerbeteiligung durch Bürgerbegehren wird durch formale und inhaltliche Kriterien erschwert, was die Einbindung in den kommunalen Klimaschutzprozess behindert. Die strukturelle Benachteiligung von Minderheiten und Personen mit geringem Einkommen führt zu einer ungleichen Machtverteilung im Stadtrat, was die Beteiligung ziviler Gruppen an Entscheidungsprozessen erschwert.

Die Priorisierung von Klimaschutz im Stadtrat und im öffentlichen Diskurs ist ein weiteres Problem, oft aufgrund vermeintlich fehlender finanzieller Ressourcen. Einige Kommunen, wie Bayreuth, haben Klimaschutzkonzepte, aber es mangelt an Transparenz über deren Umsetzung. Dies erschwert lokalen Initiativen die Kontrolle oder Einflussnahme auf die Klimaschutzmaßnahmen.

Politische Empfehlungen & Maßnahmen

- 1) **Empfehlung:** Anerkennung und Wertschätzung für zivilgesellschaftliche Initiativen, um Resilienz zu stärken
- 2) **Forderung:** Unterstützung von politischen Entscheidungsträger:innen sowie mehr Transparenz und Gesprächsbereitschaft bezüglich kommunaler Klimaschutzmaßnahmen, um die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung zu verbessern.
- 3) **Forderung:** verstärkte Beteiligung der Zivilgesellschaft an Entscheidungsprozessen im Stadtrat, sowie Reduzierung rechtlicher Hürden
- 4) **Forderung:** Klimaschutz sollte als kommunale Pflichtaufgabe betrachtet und langfristig angegangen werden
- 5) **Forderung an Presse:** mehr über Klimaschutzthemen berichten, damit die Breite der Bevölkerung besser erreicht wird
- 6) **Forderung an Stadt und Bevölkerung:** Bereitschaft für Engagement schaffen und zeigen, abfragen, was Hürden sind.
- 7) **Forderung an Verwaltung:** Aufklärung der Verwaltung Bsp. Klimafit Kurse für Verwaltung
- 8) **Forderung an Wirtschaft:** mehr Aufklärung/ Vorträge während der Arbeitszeit
- 9) **Mehr Abstimmung** zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft Einführen von Sprechstunden

Ausblick RegioCOP 2024

Bei der RegioCOP 2024 ist es wichtig, dass so viele Initiativen wie möglich an der Teilkonferenz teilnehmen, um den aktuellen Stand zu besprechen, aber auch um gemeinsame Ziele zu setzen. Besonders gut wäre es, wenn

Stadträt:innen teilnehmen würden, um zu sehen, wie wichtig die Arbeit der Zivilgesellschaften ist. Die Ergebnisse der Klimakonferenz aus dem Jahr 2023 können besprochen und reflektiert werden.

Referenzen & relevante Literatur

M1: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. 2024. <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/zivilgesellschaft-14976#:~:text=Die%20Zivilgesellschaft%20umfasst%20die%20Gesamtheit,abhängig%20von%20partei%20politischen%20Interessen%20sind> (zuletzt aufgerufen am 10.04.2024)

Kontakt

forum 1.5

E-Mail: stadtregion@uni-bayreuth.de

Telefon: +49 921 55-4695

Fax: 0921/55-4667

Adresse: Universität Bayreuth | Zapf Gebäude 4 | Raum: 4.2.24

Autor:innen: Helen Röder, Sophia Mitte, Maike Wagener